


KOSTENLOS

ABUJE48

Linke Stadtteilzeitung für Lichtenberg Mai 2023



IN HOHENSCHÖNHAUSEN ENTWICKELTE SICH UM DIE BERLINER STRASSE (HEUTE KONRAD-WOLF-STRASSE) ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS EIN KLEINES ZENTRUM MIT JÜDISCHEN GEWERBETREIBENDEN. 1931 BILDETE SIE DORT EINE EIGENE KLEINE JÜDISCHE GEMEINDE.

DURCH DIE ZUNEHMENDE AUSGRENZUNG DURCH DIE NATIONAL-SOZIALIST*INNEN RÜCKTEN DIE ETWA 170 JÜDINNEN*JUDEN IN HOHENSCHÖNHAUSEN ENGER ZUSAMMEN UND WEIHTEN 1934 EINE EIGENE KLEINE SYNAGOGE IN DER BERLINER STRASSE 91 EIN.

Rückblick auf
Aktionswochen

Nazi-Tattoshop
„Utgard“ geschlossen

Kiezversammlung
in Lichtenberg

Editorial

Werte Leser*innen,

etwas später als gedacht erscheint nun die 48. Ausgabe der Abuje. Die linke Stadtteilzeitung für Lichtenberg wird von einem ehrenamtlichen Kollektiv herausgegeben. Und das schon seit 1999.

In dieser Ausgabe geht es schwerpunktmäßig um die letztjährigen „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ im Bezirk. Dazu gibt es mehrere Berichte und ein Interview mit dem Lichtenberger Antisemitismusbeauftragten.

Doch auch andere spannende Themen werden aufgegriffen, wie etwa die

Gedenkaktionen der VVN-BdA an die „Rote Kapelle“ und an das „Arbeits-erziehungslager Wuhlheide“. Weitere Artikel widmen sich den regelmäßig stattfindenden Kiezversammlungen, dem Gedenken an Opfer rechter Gewalt und der Schließung des Nazi-tattooshops „Utgard“.

Das Plakat auf Umschlag und Seite fünf wurde von der Künstlerin Sophia Hirsch für den Runden Tisch „Politische Bildung“ erstellt. Vielen Dank, dass wir es nutzen durften.

Viel Spaß beim Lesen.

Inhalt

- 03 – Die „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ in Lichtenberg
- 05 – Poster „Jüdisches Leben in Lichtenberg“
- 06 – Antisemitische Straßennamen in Lichtenberg
- 09 – Interview mit André Wartmann
- 12 – Veranstaltungsbericht „Antisemitismus in Lichtenberg heute“
- 14 – Die Lichtenberger VVN-BdA gedenkt der „Roten Kapelle“
- 16 – Das „Arbeitserziehungslager Wuhlheide“
- 18 – Der Tattooshop „Utgard“ hat geschlossen
- 21 – Aktives Gedenken in Lichtenberg
- 24 – Interview: Kiezversammlung in Lichtenberg
- 26 – Albumkritik: Pascow - Sieben
- 27 – Kurzmeldungen

Warum wir gendern:

Sprache macht Geschlecht. Sprache schließt aus. Wir verwenden in unseren Texten den Stern (*), um sowohl Frauen sprachlich mit einzuschließen, als auch Menschen, die sich in der zweigeschlechtlichen Einordnung nicht wiederfinden. Das liest sich anfänglich vielleicht etwas kompliziert, aber das legt sich. Vertraut uns.

Die Abuje wird von einer Lichtenberger Redaktion produziert, gedruckt und verteilt. Sie ist kostenlos und wird an verschiedenen Orten im Bezirk ausgelegt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Die

Verteiler*innen sind nicht nicht identisch mit den Macher*innen.

Auflage » 1.000 Stück

Druck » Eigendruck im Selbstverlag

Kontakt » abuje@riseup.net

V.i.S.d.P.: Nico Roth, Konrad-Wolf-Str. 20, 13055 Berlin

Die „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ in Lichtenberg fanden reges Interesse

Im Sommer letzten Jahres trafen sich mehrere politische Gruppen und Einzelpersonen und beschlossen, den Herbst für Aktionen zum Thema Antisemitismus zu nutzen. Der Fokus sollte dabei auf lokalen Themen liegen, wie der Diskussion um antisemitische Straßennamen oder die Ereignisse am 9. November 1938. So fanden im Zeitraum vom Oktober bis Dezember 2022 in Lichtenberg insgesamt 12 Veranstaltungen unter dem Motto „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ statt. Etwa 300 Menschen nahmen daran teil.

Eröffnet wurden die Aktionswochen am 9. Oktober mit einer Kundgebung am Jahrestag des Anschlags von Halle vor drei Jahren. Mehr als 40 Personen gedachten dieser antisemitischen Tat vor der Vertretung von Sachsen-Anhalt. Am 18. Oktober folgte ein Liederabend mit jiddischer Musik, durchgeführt vom Lichtenberger Musiker Olaf Ruhl, im Nachbarschaftsladen „Der piekfeine Laden“. Auch füllten ganze 40 Menschen den Veranstaltungsraum und folgten den spannenden Ausführungen des Musikers.

Die Berliner Studie zu antisemitischen Straßennamen wurde am 21. Oktober mit einer Podiumsdiskussion in der Remise der Magdalenenstraße 19 aufgegriffen, auf der unter anderem der Lichtenberger Antisemitismus-Beauftragte und die Verant-

wortliche für die lokalen Stolpersteine einen sinnvollen Umgang mit den benannten Straßen diskutierten. Etwa 30 Menschen diskutierten mit. An insgesamt vier Abenden wurde die Filmreihe „Eine Geschichte des Anti-

Max Czollek im
Museum Lichtenberg



semitismus“ gezeigt, die im Jahr 2022 vom Fernsehsender arte veröffentlicht worden war. Dafür wurden die Jugendclubs „WB13“ und „UJZ Karlshorst“, sowie die Remise der Magda19 genutzt.

Am 4. November veranstaltete die Linke Aktion Lichtenberg im Rahmen unserer Aktionswochen einen Rundgang zu jüdischem Leben in Hohenschönhausen, an der etwa 10 Menschen teilnahmen.

Am 9. November mobilisierte unser Bündnis zur antifaschistischen Gedenkdemo an die Novemberprogrome in Berlin-Moabit, zu der etwa 600 Menschen aus ganz Berlin erschienen.

Am darauffolgenden Tag, dem 10. November, wurde im Projektraum 360 Grad ein Film über Antisemitismus in der DDR gezeigt. Etwa 20 Menschen besuchten die Filmvorführung und diskutierten angeregt die angerissenen Themen des Films.

Als Kooperation mit der Antisemitismus-Meldestelle IAS und dem Bezirksamt Lichtenberg fand am 17. November im Hubertusbad eine Diskussion „Antisemitismus in Lichtenberg heute“ statt. Auch hier fanden sich 40 Menschen ein und konnten

sich an Infoständen über zivilgesellschaftliche Projekte im Bezirk informieren. Am 22. November führte das Projekt „entschwört“ einen Workshop zu Verschwörungsideologien durch. Zwölf Menschen fanden sich dazu in der Remise der Magda19 ein und bereicherten die Veranstaltung mit eigenen Erlebnissen und Problemlagen.

Der Star der Veranstaltungsreihe war unbestritten der Autor und Kurator Max Czollek, der am 24. November ins Museum Lichtenberg für einen Vortrag zu „jüdischer Rache“ kam. Die 60 Stühle waren restlos besetzt, weitere Personen wohnten dem Vortrag stehend bei. Der Vortrag bezog sich auf eine Ausstellung, die zu diesem Zeitpunkt im jüdischen Museum Frankfurt/Main zu sehen war und unter anderem von Czollek kuratiert wurde. Den Abschluss bildete am 8. Dezember eine Lesung mit dem Publizisten Karl Forster. Er las im Gemeinschaftsraum des Hausprojekts LaVidaVerde aus der Biografie von Wanda Przybylska, die am Warschauer Aufstand 1944 teilnahm. Sechs Menschen lauschten der Lesung und diskutierten anschließend mit dem Referenten.

Das Feedback, dass die Macher*innen der Aktionswochen in der darauffolgenden Zeit bekamen, war, dass die Aktionen als inhaltlich gewinnbringend wahrgenommen wurden. Die Veranstaltungen konnten das Thema Antisemitismus allgemein und bestimmte Aspekte des Themenbereichs im speziellen in der bezirklichen Diskussion wahrnehmbar machen. Über eine Fortsetzung der Aktionswochen im nächsten Jahr wurde bei der Auswertung konkret diskutiert.

Diskussion zu antisemitischen Straßennamen in der Remise

Alle Infos auf: aktionswochen.blackblogs.org



JÜDISCHES LEBEN UND DER BEZIRK LICHTENBERG

JÜDISCHES LEBEN GIBT ES IN LICHTENBERG SEIT ÜBER 125 JAHREN.



1896 GRÜNDETE SICH DIE ERSTE JÜDISCHE GEMEINDE. 1905 WURDE DIE ERSTE SYNAGOGE AUF DEM HINTERHOF DER FRANKFURTER ALLEE 189 (HEUTE NR. 96 IN FRIEDRICHSHAIN) GEWEIHT.

DIE GEMEINDE WUCHS AUF ÜBER 2.200 MITGLIEDER AN. EINE NEUE, GRÖßERE SYNAGOGE WURDE UNWEIT DES ALTEN GOTTESHAUSES NOCH 1935 BEZOGEN.

DIE MEISTEN JÜDINNEN#JUDEN LIESSEN SICH AN DER FRANKFURTER ALLEE NIEDER.

ALFRED DÖBLIN ERÖFFNETE 1913 SEINE ARZTPRAXIS IN DER FRANKFURTER ALLEE 194 (HEUTE 104). DIE ARBEITER UND "KLEINEN LEUTE", DIE ER DORT BEHANDELTE, INSPIRIERTEN IHN ZU SEINEM GROSSEN COLLAGENROMAN "BERLIN ALEXANDERPLATZ".



BEREITS 1933 EMIGRIERTE DÖBLIN IN DIE SCHWEIZ UND GELANGTE ÜBER PARIS, LISSABON, NEW YORK NACH HOLLYWOOD.

IN HOHENSCHÖNHAUSEN ENTWICKELTE SICH UM DIE BERLINER STRASSE (HEUTE KONRAD-WOLFF-STRASSE) ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS EIN KLEINES ZENTRUM MIT JÜDISCHEN GEWERBETREIBENDEN. 1931 BILDETE SIE DORT EINE EIGENE KLEINE JÜDISCHE GEMEINDE.



AB 1939 MUSSTEN VIELE JÜDINNEN#JUDEN ZWANGSARBEIT LEISTEN.



AUCH HELLA HIRSCH WURDE IM ACETA-WERK, EINER FILIALE DER IG FARBEN IN RUMMELSBÜGG, ZWANGSVERPFLICHTET.



SIE SCHLOSS SICH DER WIDERSTANDSGRUPPE UM HERBERT BAUM AN. 1942 WURDE SIE VERHAFTET UND 1943 IN PLÖTZENSEE HINGERICHTET.

MIT DEM HOLOCAUST ENDETE VORERST DAS JÜDISCHE LEBEN IM BEZIRK.



MIT DEM ZUG VON SOGENANTEN KONTINGENT-FLÜCHTLINGEN AUS OSTEUROPA KAMEN AB 1991 WIEDER JÜDISCHE EINWOHNER*INNEN.

HEUTE LEBEN WIEDER MEHRERE DUTZEND JÜDISCHE FAMILIEN IN LICHTENBERG.



Antisemitische Straßennamen in Lichtenberg

Ende 2021 legte der Berliner Antisemitismusbeauftragte Samuel Salzborn eine wissenschaftliche Studie zu antisemitischen Straßennamen in Berlin vor. Für das Gutachten hat der Politikwissenschaftler Dr. Felix Sassmannshausen zwischen Mai und Oktober 2021 alle Berliner Straßennamen auf antisemitische Bezüge überprüft. Ergebnis ist, dass 290 Straßennamen in Berlin antisemitische Bezüge in unterschiedlichen Intensitäten aufweisen. Ebenso beschreibt die Studie, Möglichkeiten des Umgangs. Sie reichen von weiteren Forschungen über Kontextualisierung oder bis zur Umbenennung. Auch für Lichtenberg wurden 10 Straßen festgestellt, die antisemitische Bezüge haben. Diese wollen wir im folgenden vorstellen:



August Graf von Dönhoff

Dönhoffstraße

Die Straße in Karlshorst ist nach dem Politiker und Diplomaten August Graf von Dönhoff (1845-1920) benannt. Dönhoff gehörte als Student zur schlagenden Studentenverbindung Corps Borussia Bonn. Von 1881 bis 1898 war er Reichstagsabgeordneter der antisemitischen Deutschkonservativen Partei. Im Jahr 1917 war er Mitbegründer der antisemitischen und extrem rechten Deutschen Vaterlandspartei.

» **Handlungsempfehlung:** Weitere Recherche, gegebenenfalls Umbenennung

Eitelstraße

Die Straße im Lichtenberger Weitlingkiez ist nach dem Soldaten und Generalmajor Wilhelm Eitel Friedrich Christian Karl von Preußen (1883-1942)

benannt. Er war der zweitälteste Sohn von Kaisers Wilhelm II. Nach 1918 wurde Eitel Friedrich Mitglied im national-monarchistischen „Bund der Aufrechten“. Er war aktiv im antisemitischen Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. Die Organisation war ein Wehrverband zur Zeit der Weimarer Republik, der sich offen antisemitisch äußerte. Eitel Friedrich gehörte er zu den Mitbegründern der 1931 ins Leben gerufenen antisemitischen Harzburger Front. Es handelte sich um ein Bündnis von antidemokratischen Nationalisten und



Rechtsextremisten, zu dem auch der Stahlhelm und die NSDAP gehörte.

» **Handlungsempfehlung:** Kontextualisierung, nach weiterer Recherche gegebenenfalls Umbenennung

Hauffstraße

Die Straße im Kaskelkiez ist nach dem Schriftsteller Wilhelm Hauff (1802-1827) benannt. Er bediente in einigen seiner Schriften antijüdische Stereotype und Klischees. Seine Novelle ‚Jud Süß‘ wird als Meilenstein des Frühantisemitismus bezeichnet.



Die Schrift wurde in der Vergangenheit unter verschiedenen Aspekten künstlerisch adaptiert. Zu den Adaptionen gehört auch der Roman „Jud Süß“ von Lion Feuchtwanger aus dem Jahr 1925. Hohe Bekanntheit hat der gleichnamige nationalsozialistische Propagandafilm von Veit Harlan.

» **Handlungsempfehlung:** Weitere Recherche, Kontextualisierung

Junker-Jörg-Straße

Die Straße in Karlshorst wurde nach dem Tarnname des Theologen und Reformators Martin Luther (1483-1546), den er während seiner Zeit auf der Wartburg im Jahre 1521 trug, benannt. Er verfasste antijüdische Schriften. Luthers Ansichten waren prägend für die weite Verbreitung des christlich motivierten Antijudaismus. In einem

Interview mit dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Dr. Josef Schuster am 17. März 2017 stellt dieser fest: „Für Juden ist Martin Luther eine problematische Persönlichkeit. Besonders seine späten Schriften sind klar antisemitisch. Luther hat 1523 gefordert, Juden sollten alle Berufe offen stehen. Damals war das ungewöhnlich. Aber er machte zur Voraussetzung, dass die Juden sich bekehren ließen.“ Ein Beispiel für Antisemitismus, auf das sich auch führende Nationalsozialisten bezogen haben: 1543 forderte Luther, Synagogen in Brand zu stecken, ein Lehrverbot für Rabbiner auszusprechen und die Juden aus dem Land zu vertreiben.

» **Handlungsempfehlung:** Umbenennung

Oskarstraße

Die Straße, die sich ebenfalls in Karlshorst befindet, ist nach dem Militärhistoriker und Soldaten Oskar von Preußen (Prinz von Preußen) (1888-1958) benannt.

Er war Mitglied in der antisemitischen Partei Deutschnationale Volkspartei. Ebenso war er im antisemitischen Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten aktiv.

» **Handlungsempfehlung:** Weitere Forschung, Kontextualisierung, gegebenenfalls Umbenennung



Martin Luther





Richard Wagner

Rienzistraße

Die Karlshorster Straße ist nach der Oper ‚Rienzi, der letzte der Tribunen‘ von Richard Wagner benannt. Der Komponist war überzeugter Antisemit. Er war Verfasser der antisemitischen Schrift ‚Das Judentum in der Musik‘ (1850). Dort wird kommuniziert, dass „der Jude an sich unfähig sei, sich künstlerisch auszudrücken, weder durch seine äußere Erscheinung noch durch seine Sprache und am allerwenigsten durch seinen Gesang“. Der Verfasser des Dossiers zu antisemitischen Straßennamen stellt fest, dass sich Werk und Weltbild nicht trennen lassen und damit auch die Benennung nach einem Werk problematisch sei.

» **Handlungsempfehlung:** Umbenennung

Tannhäuserstraße

Die Straße in Karlshorst wurde nach der Oper ‚Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg‘ von Richard Wagner benannt (siehe Rienzistraße).

» **Handlungsempfehlung:** Umbenennung

Walkürenstraße

Diese Karlshorster Straße ist nach der Oper ‚Die Walküre‘ von Richard Wagner benannt (siehe Rienzistraße).

» **Handlungsempfehlung:** Umbenennung

Roedernstraße

Die Straße in Alt-Hohenschönhausen ist nach dem Finanzpolitiker und Reichsstaatssekretär Siegfried

Friedrich Wilhelm Erdmann Graf von Roedern (1870 - 1954) benannt. Im Herbst 1917 wurde er zum Stellvertreter des Reichskanzlers berufen. Roedern beantragte 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP (1935 angenommen) und wurde später Ehrenmitglied der SS.

» **Handlungsempfehlung:** Weitere Forschung, Kontextualisierung



Waldowallee

Die Karlshorster Allee ist nach dem Juristen, Verwaltungsbeamten und Politiker Hans August Wilhelm von Waldow (1856-1937) benannt. Von Waldow war Vorsitzender des Landesverbandes

Mecklenburg-Strelitz der antisemitischen Deutschen Nationalen Volkspartei

(DNVP). Von 1923 bis 1932 war er für die DNVP Abgeordneter im Mecklenburgischen Landtag.

» **Handlungsempfehlung:** Weitere Forschung, Kontextualisierung



„Ganz wichtig ist die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus“

Seit Juni 2021 ist André Wartmann als Antisemitismusbeauftragter im Bezirksamt Lichtenberg tätig. Die Stelle wurde auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung eingerichtet und ist dem Bereich des Bezirksbürgermeisters zugeordnet. Lichtenberg war damit der erste Berliner Bezirk, der eine solche Stelle eingerichtet hat. Nach fast zwei Jahren Tätigkeit wollen wir uns mit ihm austauschen.

Abuje: Wie bist du zu der Stelle gekommen und mit welcher Motivation hast du im Juni 2021 deine Arbeit aufgenommen?

André Wartmann: Die Stelle war Anfang 2021 ausgeschrieben worden. Ich kam zu dem Zeitpunkt aus einem Job, wo ich mich bereits mit Antisemitismus beschäftigt habe. Die Stelle hatte mich daher angesprochen und ich fand es spannend mich mit dem Thema auch auf lokaler Ebene zu beschäftigen. Vorher habe ich das eher aus einer wissenschaftlichen Perspektive betrachtet. Vor allem die Zusammenarbeit mit den lokalen Aktivist*innen, die teilweise seit Jahren gegen Antisemitismus, Rassismus und Neonazis aktiv sind, hat mich da besonders gereizt. Ich habe mich also damals beworben und habe die Stelle dann bekommen.

Abuje: Was sind deine zentralen Aufgaben als Antisemitismusbeauftragter?

André Wartmann: Im Wesentlichen repräsentiere ich die Arbeit gegen Antisemitismus des Bezirks in enger Abstimmung mit dem Bürgermeister. Meine konkreten Aufgaben sehen darin vor, alle Erscheinungsformen von Antisemitismus sichtbar zu machen und zu bekämpfen.

Das heißt auch die Zivilgesellschaft sowie die Verwaltung für diese Formen zu sensibilisieren, so dass diese selbstständig gegen Antisemitismus, wie auch gegen andere Formen von Hass vorgehen können. Ein weiterer wichtiger Aspekt meiner Arbeit ist die (Wieder-)Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Lichtenberg. Dazu gehören das Zelebrieren von Feiertagen, die Unterstützung der jüdischen Bürger*innen, aber auch die Organisation von Veranstaltungen, auch zu Themen der Erinnerung an die von den Nazis ermordeten ehemaligen jüdischen Lichtenberger*innen.



Abuje: Du bist laut Stellenbeschreibung auch Kontaktperson für die jüdische Gemeinde und jüdische Organisationen im Bezirk. Wie sieht jüdisches Leben in Lichtenberg aus?

André Wartmann: Bis 1938 lebten etwa 2.200 Jüdinnen*Juden in Lichtenberg (ohne Hohenschönhausen). Sie waren Fabrikbesitzer*innen, Kaufleute, Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen und Politiker*innen. Es gab eine große Synagoge in der Frankfurter Allee. Davon ist heute nichts mehr übrig. Von einem lebhaften jüdischen Leben können wir hier nicht mehr sprechen. Wie viele Jüdinnen*Juden heute in Lichtenberg leben kann ich nicht sagen. Aus dem Register der Jüdischen Gemeinde zu Berlin geht jedoch hervor, dass im Postleitzahlen-Bereich von Lichtenberg einige hundert Mitglieder wohnen. Hinzu kommen sicherlich auch Menschen, die sich als jüdisch verstehen, aber aus verschiedenen Gründen nicht Mitglied in der Gemeinde sind. Diese tragen ihr jüdischsein, vor allem aus Angst vor Antisemitismus, nicht offen aus. Dennoch gibt es Orte, wie die Kiez-Kneipe „Morgen wird besser“, wo jüdisches Leben stattfindet.

Abuje: Wie schätzt du die Situation in Bezug auf Antisemitismus in Lichtenberg ein?

André Wartmann: Antisemitismus zeigt sich hier durch verschiedene Formen. Lichtenberg war lange Zeit geprägt durch eine starke extreme Rechte, die heute vor allem durch die Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ nach wie vor sichtbar ist. Von der extremen Rechten gehen auch heute noch die meisten antisemitischen Vorfälle aus. Ein Großteil davon Propaganda-Delikte, aber auch Bedrohungen und Beleidigungen gegenüber Menschen die als jüdisch wahrgenommen werden. Das Lichtenberger Register hat, wie überall in Berlin auch, hier eine Zunahme von Antisemitismus feststellen müssen. 2021 waren es 36 Fälle insgesamt. 2022 gab es 15 Vorfälle. Besonders im Fokus steht dabei immer wieder die Kiez-Kneipe „Morgen wird besser“. Deren Jüdischer Besitzer wurde seit Silvester bis Anfang Februar 2023 bereits drei Mal bedroht.

Abuje: Die Lichtenberger Kiez-Kneipe „Morgen wird besser“ wurde wiederholt antisemitisch angegangen. Welche Unterstützung gab es aus deiner Sicht von Seiten des Bezirksamtes und aus der Zivilgesellschaft?

André Wartmann: Schon bevor ich in meiner Stelle angefangen habe, wurde das „Morgen wird besser“ immer wieder bedroht. Im Sommer 2020 hat es da sogar gebrannt. Im Nachgang gab es damals breite Unterstützung vom Bezirksamt und der Zivilgesellschaft. Durch die hohe Spendenbereitschaft konnte das Lokal nach einem Jahr wiedereröffnet werden. Seitdem findet

einmal jährlich auch ein Straßenfest dort statt. Dieses wird vom Bezirksamt unterstützt. Auch sonst ist das „Morgen wird besser“ gut in die lokalen Strukturen eingebunden. Leute sind dort gerne zu Gast oder nutzen den Ort für Treffen. Wenn etwas passiert, schreiten Gäste auch ein. Ich selbst habe einen kurzen Draht zum Inhaber, der mich immer anrufen kann, wenn etwas vorgefallen ist. Auch dem Bürgermeister ist die enge Kommunikation wichtig.

Abuje: Was müssen Politik und Gesellschaft in der Stadt leisten, um Antisemitismus Einhalt zu gebieten?

André Wartmann: Ganz wichtig ist die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus. Das heißt vor allem Aufklärung in Schulen, das Bewusstsein stärken, dass Jüdinnen*Juden Teil der deutschen Gesellschaft sind. Dazu gehört auch Angebote zur Aufklärung immer Antisemitismus fest im Lehrplan der Schulen zu verankern. Das betrifft nicht nur die Schüler*innen, sondern auch die Sensibilisierung der Fachkräfte in Verwaltung und Polizei. Da sehe ich noch Luft nach oben, denn die Angebote die ich immer wieder mache, werden nur von Wenigen wahrgenommen. Ganz besonders wichtig finde ich aber den Betroffenen von Antisemitismus beizustehen und ihnen ein Gefühl zu geben, dass sie nicht alleine sind. Wegschauen darf niemals eine Option sein.

Abuje: Ende 2021 wurde eine wissenschaftliche Studie durch den Berliner Antisemitismusbeauftragten Samuel Salzborn veröffentlicht, die bei 290

Straßennamen in Berlin antisemitische Bezüge feststellte. Auch 10 Lichtenberger Straßen wurden benannt. Welchen Umgang empfiehlist du mit den Straßennamen?

André Wartmann: Wenn es nach mir ginge sollten alle diese Straßen umbenannt werden. Straßen sind wie Denkmäler Orte der Erinnerung an geschichtliche Vorbilder. Das können Antisemiten nicht sein. Ich weiß aber, dass Umbenennungen, vor allem für die Bewohner*innen der jeweiligen Straßen, ein sehr emotionales Thema ist. Sie müssen natürlich mit einbezogen werden. Dabei ist vor allem wichtig über die Hintergründe des Namensgebers aufzuklären. Die Wenigsten werden etwas mit den Namen Waldow oder Roedern anfangen können. Ich kann mir aber kaum vorstellen, dass jemand gerne in einer Straße wohnt, die nach einem SS-Ehrenmitglied benannt wurde. In dem Zuge sollen auch Vorschläge für einen geeigneten Straßennamen ermittelt werden. Da wo eine Umbenennung nicht so schnell umsetzbar ist, müssen aber auf jeden Fall Zusatzinformationen an die Straßenschilder angebracht werden.

Abuje: Danke für das Interview.



„Von rechten Schmierereien zu Verschwörungsmythen der Mitte – Antisemitismus in Lichtenberg heute“

Am 17. November 2022 fand im Hubertusbad in Lichtenberg die Veranstaltung „Von rechten Schmierereien zu Verschwörungsmythen der Mitte – Antisemitismus in Lichtenberg heute“ der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) statt.

Zu Beginn konnten die Besucher*innen sich im Foyer über die Arbeit diverser landesweiter und lokaler zivilgesellschaftlicher Akteur*innen informieren. Die Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen in Lichtenberg und Berlin sei wichtig, um Sichtbarkeit für das Thema Antisemitismus, aber auch eine Ansprechbarkeit nach antisemitischen Vorfällen herzustellen, so Berlin Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS).

Der Lichtenberger Antisemitismusbeauftragte, André Wartmann, betonte, dass die Vernetzung mit lokalen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auch ein wichtiger Bestandteil seiner Arbeit sei. So sei die Veranstaltung im Hubertusbad Teil der Lichtenberger „Aktionswochen gegen Antisemitismus“, welche in Zusammenar-

beit mit unterschiedlichen lokalen Akteur*innen entstanden sei. Auch der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Sigmund Königsberg, sprach einleitende Worte und erklärte, dass es wichtig sei, nicht nur aktiv gegen Antisemitismus einzustehen, sondern gleichzeitig auch jüdisches Leben in Lichtenberg sichtbarer zu machen. Nach den einleitenden Worten folgten drei Eingangsstatements.

Julia Kopp von RIAS stellte die Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Lichtenberg vor. In Lichtenberg würden vergleichsweise weniger Vorfälle gemeldet als in anderen Berliner Bezirken. Dies sei aber nicht zwangsläufig ein Indikator für ein geringeres Vorkommen von antisemitischen Vorfällen. Es sei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da RIAS nur jene Vorfälle dokumentieren könne, die durch Melder*innen an sie

herangetragen werden. Die Vorfälle in Lichtenberg hätten häufig einen rechtsextremen Hintergrund. Zudem hätte es in den letzten Jahren verstärkt Gelegenheitsstrukturen für Antisemitismus gegeben, wie beispielsweise die verschwörungsideologischen Proteste im Zusammenhang mit der Covid19-Pandemie.

Anschließend präsentierte Anna Müller von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) eine Einführung zum Thema Verschwörungsideologien. So seien verschwörungsideologische Argumentationen gekennzeichnet durch fünf Merkmale: die Vorstellung ein Geheimwissen erlangt zu haben, das Anbieten einfacher Lösungen, das Anführen pseudowissenschaftlicher „Beweise“, die Instrumentalisierung von zufälligen Ähnlichkeiten und Mustern, sowie das Anpassen aller Ereignisse an die verschwörungsideologische Erzählung. So hätten sich im Zuge der Corona-Proteste verschiedene Milieus (extreme Rechte, Esoteriker*innen, Impfgegner*innen, Holocaustleugner*innen usw.) unter einem gemeinsamen Widerstandsnarrativ vereint. Die Grenzen des Sagbaren hätten sich massiv verschoben und eine Normalisierung verschwörungsideologischer Inhalte stattgefunden.

Im Anschluss erläuterte Annika Eckel, damals Leiterin der Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke, bezirksspezifische Faktoren, das Monitoring in Lichtenberg beeinflussen würden. So würden sich Menschen, die von anti-

semitischen Vorfällen betroffen sind, oft eher an Projekte aus der Community wenden. In Lichtenberg würde es an solchen Orten fehlen, so gäbe es wenig Raum für Vernetzung und Empowerment. Zudem hätten die verschwörungsideologischen Proteste auch in Lichtenberg zu einem starken Anstieg antisemitischer Vorfälle geführt. Es gäbe jedoch in Lichtenberg ein starkes Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die sich diesen Entwicklungen entgegenstellen. So sei es eine Besonderheit, dass Lichtenberg einen bezirklichen Antisemitismusbeauftragten habe, dass es einen Runden Tisch zu Politischer Bildungsarbeit gäbe, lokale antifaschistische Gruppen sich gegen die extreme Rechte engagieren würden und es schnell zu Solidaritätsaktionen (wie bspw. Kundgebungen) nach antisemitischen Vorfällen kommen würde.

Abschließend konnte das Publikum in einer offenen Diskussionsrunde, eigene Fragen stellen. So wurde insbesondere über die Entwicklung der verschwörungsideologischen Proteste im Zusammenhang mit der Covid19-Pandemie, über die Verankerung von Verschwörungserzählungen in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft und über die Spezifika des zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostberliner Randbezirken diskutiert. Schließlich konnten die Besucher*innen den Abend mit Getränken und Catering des Lokals „Morgen wird besser“ ausklingen lassen.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Version des Berichts, welcher am 23. November 2022 vom Register Lichtenberg veröffentlicht wurde. Die ungekürzte Version ist unter der folgenden URL abrufbar: <https://bit.ly/41rFj3d>



Die Lichtenberger VVN-BdA gedenkt der „Roten Kapelle“

Der Lichtenberger Verband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten organisierte im Dezember 2022 und Januar 2023 mehrere Aktionen, um an die antifaschistischen Widerstandskämpfer*innen aus dem Netzwerk der „Roten Kapelle“ zu erinnern.

Mitte der 1930er Jahre bilden sich in Berlin um Arvid Harnack, einen Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, und seine Frau Mildred sowie um den Angestellten

des Reichsluftfahrtministeriums Harro Schulze-Boysen und seine Frau Libertas Freundes-, Diskussions- und Schulungskreise. In den Jahren 1940/41 entsteht ein loses

Netzwerk von mehreren Berliner Widerstandskreisen. Ihnen gehören mehr als 150 Antifaschist*innen ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft und weltanschaulicher Traditionen an: Student*innen, Künstler*innen, Publizist*innen und Verwaltungsbeamte, unter ihnen viele Frauen.

Ihre Formen des Widerstandes sind vielfältig. Dazu gehören die Diskussionen über politische und künstlerische Fragen, die Hilfe für Verfolgte und die Dokumentation der Gewaltverbrechen der Faschisten. Über ihren engeren Kreis hinaus wenden sie sich an die Öffentlichkeit, indem sie Flugblätter und Klebezettel verbreiten. Schließlich nehmen sie Kontakte zu Gleichgesinnten in anderen Teilen Deutschlands auf. 1940/41 geben Harnack und Schulze-Boysen auch militärisch wichtige Nachrichten an die Sowjetunion weiter.

Im Sommer 1942 deckt die Gestapo die Widerstandsorganisation um Harnack und Schulze-Boysen auf und ermittelt gegen sie unter dem Sammelnamen „Rote Kapelle“. Die festgenommenen Mitglieder werden deshalb als „Landesverräter“ angeklagt. Ende 1942 fällt das Reichskriegsgericht die ersten Todesurteile; insgesamt werden mehr als 50 Mitglieder der „Roten Kapelle“ ermordet. Am 22. Dezember 1942 wurden die ersten elf Mitglieder der „Roten Kapelle“ hingerichtet.

Der 80. Jahrestag wurde von der Lichtenberger VVN-BdA mit einer Gedenkkundgebung am Mahnmal

für die „Rote Kapelle“ in der Schulze-Boysen-Straße begangen. Mehr als 50 Menschen nahmen an der Veranstaltung am 22. Dezember 2022 teil, unter ihnen auch Hans Coppi Jr., der Sohn von Hans und Hilde Coppi, die Teil des Netzwerks waren. Es sprachen die Lichtenbergerin Erika Rathmann über die Kontakte ihrer Eltern zu Berliner Widerstandskreisen, der Lichtenberger Bürgermeister Michael Grunst über die Notwendigkeit von Gegenwehr gegen heutige extrem rechte Aktivitäten und eine Vertreterin der Berliner VVN-BdA über die Frauen der „Roten Kapelle“. Der RBB berichtete in seinen Nachrichten über die Kundgebung.

Am 22. Januar 2023 folgte eine Führung in der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ mit dem inhaltlichen Schwerpunkt zur „Roten Kapelle“. 26 Menschen fanden sich dazu im Bendlerblock ein. Der Guide, der die Gruppe durch die Ausstellung führte, ging dabei auf die herausragende Bedeutung des Widerstandsnetzwerks im Kontext der Widerstandsaktionen gegen das faschistische Regime ein. Die Ausstellungstafeln lieferten den Anwesenden weitere spannende Hintergrundinformationen.

Die Lichtenberger VVN-BdA plant in diesem Jahr weitere Veranstaltungen, die lokale Gedenkthemen aufgreifen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Alle Informationen dazu finden sich auf:

www.lichtenberg.vvn-bda.de oder auf Facebook @vvnbdalichtenberg.

Jetzt Mitglied werden und die Arbeit der VVN-BdA im Bezirk aktiv unterstützen:

www.lichtenberg.vvn-bda.de/mitglied-werden

Lichtenberger Lokalgeschichte: Das „Arbeits-erziehungslager Wuhlheide“

Seit über einem Jahrhundert bildet die Industrie eine Säule der Wirtschaft Berlins und auch des Bezirks Lichtenberg. Während des Zweiten Weltkriegs wurde zeitweise ein Drittel der wirtschaftlichen Produktion im nationalsozialistischen Deutschland durch den Einsatz von Zwangsarbeiter*innen erbracht. Die in Lichtenberg beheimateten Industriebetriebe beteiligten sich ebenfalls an der Ausbeutung dieser Menschen, die meist aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten kamen.

Nach 1940 entstand im Bezirk ein sich schnell ausdehnendes Netz von Zwangsarbeiter*innenlagern und hier befand sich auch das „Arbeitserziehungslager Wuhlheide“, das das einzige Lager dieser Kategorie in der damaligen Reichshauptstadt war und das von 1940 bis 1945 der Berliner Gestapo unterstand.

Dieses und andere Lager dienten der Gestapo dazu, durch einen reinen Verwaltungsakt und ohne ordentliches Gerichtsverfahren deutsche Arbeiter*innen wie auch Zwangsarbeiter*innen zu internieren, um, im Polizeijargon, „Arbeits-scheue und Arbeitsverweigerer“ zu disziplinieren.

Das Leitungs- und Bewachungspersonal war streng hierarchisch aufgebaut und verfügte bei der Behandlung der Häftlinge über große Eigenständigkeit. Für die Bewachung des Lagers waren SS-Wachmannschaften, die insgesamt

etwa 50 Personen umfassten, zuständig. Die SS-Lagerleitung ordnete sich ähnlich wie in den Konzentrationslagern eine entsprechend gegliederte Häftlingsverwaltung unter, die sich vor allem aus deutschsprachigen Gefangenen zusammensetzte. Diese sogenannten Funktionshäftlinge, in der Lagersprache Fouriere genannt, mussten für die Aufrechterhaltung des Lagerbetriebs und die Einhaltung der von der Lagerleitung ausgegebenen Anordnungen sorgen. In den Baracken hatten Stubenälteste und in den Arbeitskolonnen Arbeitstruppführer für den reibungslosen Ablauf zu sorgen. In das „Arbeitserziehungslager Wuhlheide“ wurden ausschließlich Männer eingewiesen, die ersten bereits nach Gründung der Haftstätte Ende April 1940. In der Anfangszeit durchliefen das Lager durchschnittlich 200 Personen. Ab 1941 verdoppelte sich die Aufnahmekapazität auf 450 bis 680 Ge-

fangene, wobei sich die Belegung täglich änderte. Die Häftlinge stammten aus verschiedensten europäischen, von den Deutschen besetzten Ländern, wobei die Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, aus Polen und aus der Tschechoslowakei den größten Teil ausmachten. Oft handelte es sich um junge Männer oder Jugendliche. Als ein Haftgrund galt sowohl für ausländische Zwangsarbeiter als auch für deutsche Arbeiter die Verweigerung der ihnen auferlegten, immer schärfer werdenden Arbeitsdisziplin und der extremen Leistungsforderungen auf den Arbeitsstellen. Oft reichten schon geringe Verstöße für eine Verhaftung. Zu den häufigsten Einweisungsgründen zählte die Denunziation im Betrieb.

Für die meisten dieser Gefangenen variierte die Haftdauer zwischen mehreren Tagen und Wochen. Einzelne blieben nach der Willkür der Gestapo auch mehrere Monate oder länger als ein Jahr. Neben diesen eher arbeitsdisziplinären lagen auch andere Haftgründe vor. Oft wurden auch Juden wegen Verstößen gegen die zahlreichen repressiven und diskriminierenden Auflagen festgenommen. Angesichts der überfüllten Berliner Polizeigefängnisse ging die Gestapo dazu über, das „Arbeitserziehungslager Wuhlheide“ als eine Art erweitertes Gestapo-Gefängnis zu nutzen. Infolgedessen wurden auch politische Häftlinge unter dem Vorwand der „Schutzhaft“ in das Lager gebracht, unter ihnen auch Anhänger der Widerstandgruppe um Robert Uhrig und andere Widerstandskämpfer. Diese politischen Häftlinge blieben meist für mehrere Monate im Lager. Alle Lagerinsassen wurden systema-

tisch und rücksichtslos ausgebeutet. Sie mussten in der Regel zwölf Stunden schwerste körperliche und gesundheitsschädigende Arbeiten erledigen. Neben der Zwangsarbeit erfuhren die einzelnen Gefangenen andere Maßnahmen, die sie völlig entrechteten. Zu der Reihe von Schikanen und Repressalien gehörten die rigide Desinfektion und Enthaarung, überfüllte Baracken und mangelnde hygienische Verhältnisse sowie die Beschimpfungen und Schläge durch das Wachpersonal. Hinzu kam die Mangelernährung der Inhaftierten. Stark geschwächte Insassen hatten unter den schweren körperlichen Arbeiten nur noch geringe Überlebenschancen. Zu den Sanktionierungen, die den Alltag im Lager prägten, gehörten der Vollzug der Prügelstrafe und andere Misshandlungen. Besonders Menschen aus Osteuropa waren dieser Gewalt ausgesetzt.

Wenige Wochen vor Kriegsende verdichteten sich die Anzeichen für eine Auflösung des Lagers. Mehrere Häftlinge wurden entlassen, andere nutzten die unübersichtliche Situation zur Flucht. Beim Einmarsch der Roten Armee in Lichtenberg, am 21./22. April 1945, konnten etwa 50 Gefangene befreit werden. Kurz zuvor waren die Lagerleitung und das Personal geflohen. Nach Ende des Kriegs wurden nur wenige der Verantwortlichen vor Gerichten angeklagt oder verurteilt.

Die durchschnittliche Belegung der Baracken lässt die Schlussfolgerung zu, dass vermutlich 25.000 Menschen in das Lager verschleppt wurden. Durch Tötungsdelikte, Misshandlungen, schwere Zwangsarbeit oder Krankheit starben annähernd 3.000 Menschen.



Zum 83. Jahrestag der Eröffnung des „Arbeitserziehungslagers Wuhlheide“ hat aktuell die VVN-BdA Lichtenberg eine kleine Broschüre mit zusätzlichen Häftlingsbiografien veröffentlicht.

Sie liegt im Bezirk aus oder kann über Vorstand_Lichtenberg@vvn-bda.de bestellt werden.

Der Tattooshop „Utgard“ hat geschlossen

Ein Rückschlag für die extrem rechte Infrastruktur in Lichtenberg

Mehr als 25 Jahre gehörte der Tattoo-Shop „Utgard“ zur extrem rechten Infrastruktur in Lichtenberg. Vor wenigen Wochen wurde der Auszug aus der Fanninger Straße 35 per Homepage kommuniziert. Damit hat eine der letzten extrem rechten Locations in Lichtenberg geschlossen.

„Utgard Tattoo“ entstand 1995, im Sommer 1997 bezog der Tattoo-Shop die ersten Räumlichkeiten in der Fanninger Straße 31. Später zog er in das Eckgeschäft in der Fanninger Str. 35.

Eröffnet wurde er durch Frank Lutz, einem langjährigen Neonazikader. Lutz war 1986 Mitbegründer der „Lichtenberger Front“. Im Jahr 1988 gründete er mit anderen Neonazis

die „Bewegung 30. Januar“. Aus diesen Zusammenhängen kamen einige der Neonazis, die am Überfall auf ein linkes Konzert in der Zionskirche beteiligt waren. Auch Lutz war an diesem Angriff auf ein Punkkonzert mit „Element of Crime“ (West) und „Die Firma“ (Ost) am 17. Oktober 1987 beteiligt. 1988 wurde er aufgrund seiner Aktivitäten zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach der Maueröffnung wurde er aufgrund einer Amnestie der Modrow-Regierung vorzeitig entlassen.

1990 gründete er zusammen mit anderen Neonazis die „Nationale Alternative“ (NA), die erste extrem rechte Partei der DDR. Lutz war erster Vorsitzender. Die Partei hatte 1990 ihre



Das „Utgard“ 2008



Nach der Schließung 2023

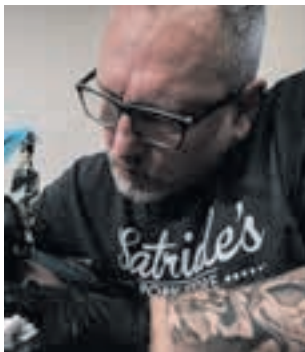
Parteizentrale in den bundesweit bekannten Neonazihäusern in der Weitingstraße. Am 27. April 1990 wurde eines der besetzten Häuser von der Polizei gestürmt. Es wurden Waffen und Propagandamaterial beschlagnahmt. Der gesamte NA-Vorstand wurde festgenommen. Nach dem Abstieg der „Nationalen Alternative“ engagierte sich Frank Lutz weiter, u.a. bei der FAP Berlin.

Der Tattoo-Shop entwickelte sich nach Eröffnung schnell zum Treffpunkt für jüngere Neonazis. Internationale Nazigrößen, wie der Österreicher Günther Reinthaler, waren gern gesehener Besuch im Laden. Reinthaler verbrachte mehrere Jahre in Haft wegen diverser Brandanschläge sowie der versuchten Neugründung der NSDAP.

Bereits im Jahr 1996 bewegte sich das „Utgard“ im extrem rechten „Blood&Honour“-Netzwerk, das im September 2000 in Deutschland verboten wurde. In der Ausgabe 2/96 der Zeitung des Netzwerkes steht das „Tattoo Studios Utgard“ neben verschiedenen Neonazibands und

-organisationen auf der Grußseite. Zudem wurde eine Anzeige des Geschäftes im Magazin veröffentlicht. Diese taucht neben Artikeln auf, die die Ideologie des bewaffneten Kampfes im Rahmen eines „führerlosen Widerstands“ bewerben und in abgedruckten Songtexten zum Mord an Migrant*innen, u.a. durch „in den Kopf schießen“ aufrufen.

Ende der Neunziger Jahre war David Allan Surette bei „Utgard Tattoo“ als Gasttätowierer anzutreffen. Surette ist Mitglied der Berliner Neonazi-Bruderschaft „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“. Dort war er bereits in den Neunzigern Ehrenmitglied. Surettes Bedeutung innerhalb dieses Zusammenhangs rührt unter anderem daher, dass er für CDs der Neonaziband „Landser“ Zeichnungen entwarf und bis heute Comics für die Nachfolgebände des Sängers „Die Lunikoff Verschwörung“ zeichnet. „Landser“ wurde bundesweit dadurch bekannt, dass sie als erste Musikgruppe durch den Bundesgerichtshof als kriminelle Vereinigung eingestuft wurde.



Tätowierer Frank Lutz



Tätowiererin Linda Braun-Warnecke

Im Kontext der Ermittlungen zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) taucht zudem der Tattoo-Shop „Utgard“ auf. Das Umfeld des NSU versuchte über das Geschäft einen Waffendeal. Frank Lutz vermittelte die Übergabe eines Gewehrs mit Schalldämpfer, Zweibein und Zielfernrohr zwischen einem „Landser“-Mitglied und Ralf L. – einem Vertrauten von Carsten Szczepanski, der als V-Mann und Neonazi nah am NSU dran war. Bis zu seiner Schließung wurde der Tattoo-Shop durch Frank Lutz und Linda Braun-Warnecke betrieben. Braun-Warnecke hat ebenfalls eine langjährige Verbindung in die neonazistische Szene. Um 2000 war die heute 44-jährige im Umfeld der „Vandalen“ aktiv und zeitweise mit Helmar Steffen Braun verheiratet, der den „Vandalen“ angehört. Wenig später tauchte sie bei Blood & Honour-Nachgestrukturen in Hildesheim auf.

Dass Neonazis, die einen Tattoo-Shop betreiben, auch Motive mit nationalsozialistischen Inhalten stechen, unter anderem (stilisierte) Hakenkreuze und das Portrait Horst Wessels, ist wenig überraschend. Dass es seit Bestehen des Ladens antifaschistische Proteste dagegen gibt, auch nicht. So zog die Silvio-Meier-Demo bereits wenige Monate nach Eröffnung an dem Laden in der Fanninger Straße vorbei. Zudem gab es über die Jahre immer wieder militante Aktionen und Proteste gegen das Geschäft.

Diese Proteste setzten sich nach Bekanntwerden des neu beworbenen Standorts in der Danziger Straße 219 in Prenzlauer Berg fort. In der Umgebung rund um den neuen Standort wurden mehrere Tausend Flyer verteilt mit dem Titel „Nebenan eingezogen: Rechter Terror“. Inzwischen hat sich der dortige Tattooshop wieder von Frank Lutz getrennt.

Ein Text zum Thema von der „Antifaschistischen Vernetzung Lichtenberg“:

<https://vernetzung-lichtenberg.blackblogs.org/recherche/stiller-abgang-beim-utgard-tattoo/>



Ein Lichtenberger Neonazi ließ sich im „Utgard“ den Naziführer Horst Wessel stechen.

Kurzmeldungen

Wahlen in Lichtenberg

Die Ergebnisse der Wahlen im Februar 2023 fielen insgesamt für alle Parteien am (extrem) rechten Rand – auch in Lichtenberg – ernüchternd aus: Die (extreme) Rechte hat weiter mit sinkenden Stimmen zu kämpfen. Die AfD kann trotzdem den Großteil der extrem rechten Stimmen auf sich vereinen. Bei der BVV-Wahl bekam sie 16.613 Stimmen, was 14% der abgegebenen Stimmen bedeutet und ihnen acht Sitze in der BVV sichert. Sie ist damit viertstärkste Kraft im Bezirk. 2016 waren es noch 19,2% und 24.617 Stimmen.

Die NPD erhielt bei der AGH-Wahl nur noch 0,2% der Stimmen, die Querdenken-Partei „Die Basis“ nur 0,5%. Die derzeit aktivste Neonazi-Partei „Der III. Weg“ trat nicht zur Wahl an.

AfD nominiert neuen Bezirksstadtrat in Lichtenberg

Die AfD-Fraktion in der BVV Lichtenberg hat Mitte April den 45-jährigen Stephan Knaute als neuen Stadtrats-Kandidat für die Wahlen zum Bezirkssamt nominiert. Damit trennt sie sich nun endgültig vom farb- und erfolglosen Frank Elischewski. Mit Knaute wird ein Kandidat ins Rennen gebracht, der in Lichtenberg aufgewachsen und auf das Descartes Gymnasium gegangen ist. Beruflich zeigt Knaute, dass man auch weiterhin als Mitglied

einer extrem rechten Partei in der Bundeswehr Karriere machen kann. Auf Facebook offenbart Knaute sein Weltbild und dass er am Ende auch nur ein normaler Vertreter der AfD ist: Er möchte ohne schlechtes Gewissen seinen Kindern Märchen mit abwertenden, rassistisch diskriminierenden Begriffen vorlesen.

Register-Bericht für 2022 veröffentlicht

Das Lichtenberger Register sammelt extrem rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk. Im Februar wurden die Ergebnisse für das letzte Jahr veröffentlicht.

Dem Lichtenberger Register wurden im vergangenen Jahr 534 Vorfälle gemeldet. Damit erreichte das Register durchschnittlich alle 16 Stunden eine Meldung. Auch wenn es im Vergleich zu 2021 deutlich weniger Meldungen gab, werden berlinweit nur im Bezirk Mitte mehr Vorfälle erfasst.

Noch 2021 gab es viel Propagandamelungen, in denen die Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie mit dem Nationalsozialismus verglichen wurden. Dieses Themenfeld ist deutlich zurückgegangen. Ebenso wurden rassistische Aufkleber, vor allem vom extrem rechten Onlineversand „Politaukleber“ sowie der NPD weniger geklebt. Der gesamte Bericht: <https://bit.ly/4ollsAM>

Aktives Gedenken in Lichtenberg

CW: rechte Gewalt, Mord

Das Gedenken an Opfer rechter Gewalt in Lichtenberg wurde durch zwei Ereignisse angestoßen. Zum einen 2018 von einer Studie der Technischen Universität Berlin, die mehrere Tötungen nochmal auf politische Motive untersuchte. Im Rahmen dessen kam der Mord an Kurt Schneider wieder zum Vorschein, der zuvor als unpolitischer Raubmord kategorisiert war. Zum anderen von der noch immer schmerzlich aktuellen Tat des Edeka-Filialleiters am S-Bahnhof, der Eugeniu Botnari 2016 das Leben nahm. Es gab seitdem regelmäßige Kundgebungen und Veranstaltungen, um diese beiden Personen und ihr Schicksal zurück in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Im September 2020 veröffentlichten wir als Initiative zwei Broschüren zum Gedenken an Kurt Schneider und Eugeniu Botnari, die in unterschiedlichen Texten Sozialchauvinismus als gemeinsames Motiv in den Blick rückten. Wir wollen hier ein kurzes Update dazu geben. Etwa ein Jahr nach dieser Veröffentlichung wurde die Gedenktafel für Kurt Schneider offiziell eingeweiht. Sie hängt jetzt am Eingang des ehemaligen Urnenhains, wenige Meter neben der hölzernen Tafel, die

Anwohner*innen bereits zuvor in Gedenken an Kurt Schneider angebracht hatten. Sie war uns ein wichtiges Anliegen zur Sichtbarmachung und Mahnung vor rechter Gewalt, die an diesem Ort passiert ist. Entsprechend froh sind wir darüber, dass sie nach mehrmaliger Verzögerung endlich hängt und auch in der Nachbar*innenschaft gut aufgenommen wird. Hier hatten wir es leicht, denn Kurt Schneiders Tod erfüllt die bürokratischen Voraussetzungen, damit sich niemand in der Bezirkspolitik daran allzusehr reibt.

Anders verlief es im Fall des Gedenkens an Eugeniu Botnari. Hier hatten wir uns vorgenommen, den bislang namenlosen Bahnhofsvorplatz nach ihm zu benennen, als Zeichen gegen den dort täglich stattfindenden Sozialchauvinismus. Eugeniu Botnaris Tod erfüllte diese Voraussetzungen nicht. Er ist nicht als Opfer rechter Gewalt anerkannt, trägt keinen deutschen Namen und ihm wurde vom Täter eine Straftat angedichtet. Entsprechend wurde in der Bezirksverordnetenversammlung – auch abseits der AfD – hitzig diskutiert, ob Botnari diesen Platz überhaupt „verdient“ habe. Es wurden mehrfach rassistische und



Foto: Kim Winkler

sozialchauvinistische Redebeiträge gehalten, es wurden ellenlange verunglimpfende Socialmedia-Beiträge von Verordneten verfasst, es wurde immer und immer wieder aufgeschoben und ausgesessen. Auch wenn solche Verfahren ermüdend sind, wurde die Forderung immer wieder laut. Es gab offene Briefe, Petitionen, Graffitiaktionen und Kundgebungen. In der BVV vom April 2023 wurde die Platzbenennung nach Botnari endlich beschlossen. Nun heißt es, den Bezirk beim Wort zu nehmen, bis der Platz endlich Botnaris Namen führt. Damit sind wir hoffentlich bald an der Stelle angekommen, an der wir uns fragen müssen, wie wir weitermachen wollen. Die Forderungen, die vor wenigen Jahren noch unrealistisch wirkten, sind entweder bereits Realität oder zum Greifen nahe. Das kann aber nur bedeuten, dass es neue Ziele und Forderungen braucht. Gleichzeitig wissen wir durch den Tod an Klaus-Dieter Reichert, dass es noch weitere Opfer rechter Gewalt in Lichtenberg gibt, zu denen bislang kaum etwas bekannt ist. Genau wie bei der Suche nach Angehörigen müssen wir hier wohl langen Atem beweisen. Wir sind froh, dass es nun Orte gibt,

um Opfern rechter Gewalt in Lichtenberg zu gedenken. Das Problem muss jetzt den Weg in die Köpfe der Leute finden. Wir müssen diese Erfolge nutzen, um die Schicksale von Kurt Schneider und Eugeniu Botnari sowie das gemeinsame Mordmotiv, die Abwertung von Obdachlosen, Armen und Suchtkranken, den Menschen nahe zu bringen. Das ist etwas, womit wir uns bislang wenig befasst haben. Wir müssen uns jetzt die Frage stellen, wie Sozialchauvinismus an Schulen, Museen, Freizeiteinrichtungen und anderen Orten des alltäglichen Lebens thematisiert werden kann. Entsprechend kann auch in Zukunft mit uns gerechnet werden, denn unsere Vorstellung eines solidarischen Lichtenbergs besteht weiterhin. Damit wir hoffentlich in ein paar Jahren in Kiezen leben, die sozialchauvinistischer und anderer rechter Gewalt entschlossen entgegen stehen. Damit sich die Schicksale der Betroffenen nie wiederholen.

[Initiative Aktives Gedenken in Lichtenberg an Opfer rechter Gewalt](#)



Die Gedenkbroschüren gibt es bei: plattenkosmos.berlin

Sollten ihr Kurt Schneider, Eugeniu Botnari oder Klaus-Dieter Reichert gekannt haben, meldet euch bitte unter: lberg_vernetzung@riseup.net

Kiezversammlung in Lichtenberg

Lebensmittelpreise, Mieten und Nebenkosten steigen rapide, während Löhne und Sozialhilfen stagnieren. Im Zuge der Teuerungen wurde bei Linken in vielen Städten und Bezirken die Basisarbeit wiederentdeckt. In Lichtenberg fand am 06. November 2022 die erste „Kiezversammlung gegen steigende Preise und Mieten, für bessere Lebensbedingungen für alle!“ statt. Am Ende der Veranstaltung wurde sich mit großer Mehrheit für eine Folgeveranstaltung ausgesprochen, sodass am 05. Februar und am 23. April 2023 Kiezversammlungen 2 & 3 stattfanden. Aus dem Grund wollen wir mit einer Person aus dem Initiativkreis Blick auf die Organisierung im Stadtteil werfen.

Wie dürfen wir uns den Prozess vorstellen, wie kamt ihr auf die Idee einer Kiezversammlung, was habt ihr euch vorgenommen?

Uns war die Dringlichkeit bewusst, der Krise eine solidarische Lösung entgegenstellen zu müssen, bevor sich ein rechtes Narrativ breitmacht. Wir trafen uns daher sechs Wochen vorher. Wir luden offen ein, es kamen verschiedene Akteur*innen aus Haus- & Gartenprojekten, der Berliner Mietergemeinschaft und antifaschistischen Gruppen. Nachdem wir über die aktuelle Situation ins Gespräch kamen war schnell klar, dass es eine niedrigschwellige Versammlung braucht, um den drohenden Probleme zu begegnen. Es gab keine vorgefertigte Lösung, höchstens ein paar Ideen. Bevor etwas beschlossen werden sollte, wollten wir mit allen reden, ihre Gedanken hören und dann gemeinsam agieren. Daher wurde erst-

mal eine kurze Einladung mit mehreren allgemeinen Fragen formuliert. Der Text erreichte die Leute hauptsächlich über die bisher üblichen Kanäle (nebenan.de, Stressfaktor, Telegram-Kanäle, Signal-Gruppen, Emails), aber auch Haustürflyer und Plakate wurden großflächig um den Veranstaltungsort angebracht. Zudem wurde an zwei Nachmittagen versucht mit Passant*innen am Bahnhof Lichtenberg ins Gespräch zu kommen, was auch ziemlich gut geklappt hat. Viele hatten den Flyer eh schon an ihrer Tür gesehen und brauchten nur noch den letzten Ansporn, auch zur Veranstaltung zu kommen.

Habt ihr ein Konzept für die Versammlungen? Wie läuft das Ganze in der Regel ab?

Die Veranstaltungen finden am Sonntag Nachmittag statt, damit möglichst viele Leute Zeit haben. Es gibt immer eine

Kinderbetreuung um Eltern zu entlasten, welche auch dankbar angenommen wird. Begonnen wird mit Kaffee, Kuchen, netten Gesprächen und neugierigen Blicken durch die jeweilige Location. Nach einer kurzen Einleitung geht es dann auch schon an vorbereitete Thementische, an denen in Kleingruppen diskutiert wird. Anfangs gab Tische zu Wohnen/Nebenkosten, Lebensmitteln, Aktionen und sozialem Austausch im Kiez. Bei den darauffolgenden Kiezversammlungen wurden die Tische den vorgestellten Initiativen gewidmet, wie der Kampagne „wir zahlen nicht“, dem „Gesundheitskollektiv Lichtenberg“ oder dem „Netzwerk gegen Feminizide“. Zum Schluss wird in großer Runde zusammengetragen. Uns ist aufgefallen, dass Anfangs in den Arbeitsgruppen hauptsächlich bereits politisch organisierte Menschen geredet haben, was wir schade fanden. Deshalb haben wir hier mit vorbereiteten, konkreten Fragestellungen nachgebessert, um leichter ins Gespräch zu kommen.

War die Versammlung Anstoß für Menschen, aktiv zu werden? Gibt es Projekte, die daraus entstanden sind?

Das Wichtigste ist, dass sich Nachbar*innen besser kennen lernen. Man grüßt sich beim Einkaufen und oder auf der Straße. Wir sehen das als ersten Schritt, um in Zukunft gemeinsam aktiv werden zu können. Konkret haben sich mehrere Projekte herauskristalisiert. Zum einen entsteht eine gemeinsame Küfa, wofür sich eine Gruppe zur Vorbereitung gefunden hat, die mittlerweile regelmäßig gemeinsam kocht. Außerdem gab es im Januar eine Tour zu solidarischen Orte im Kiez geben, um diese besser, oder überhaupt kennenzulernen. Auch ein Kiezteam

für die Kampagne „Wir zahlen nicht“ hat sich hier gegründet. Es wirkt auf uns so, als wären diese fertigen Ideen bereits mitgebracht worden. Insofern scheint die Kiezversammlung auch ein guter Mobilisierungsschub zu sein für Aktionen, die sich schon länger vorgenommen wurden. Wenn sie gemeinsam entwickelt werden, steht der Kiez viel mehr dahinter.

Retrospektiv: Wie ist euer Eindruck von der Kiezversammlung, was habt ihr gelernt?

Uns sind einige Sachen aufgefallen, die wir im Laufe der Kiezversammlungen verbessern wollen. Einige Besucher*innen der Kiezversammlung waren unsicher, wer da überhaupt einlädt. Es kann hilfreich sein, in der Vorbereitung mit Stadtteilzentren oder sonstigen bekannten Akteuren zusammenzuarbeiten, und deren Namen auf die Flyer zu setzen. Wir hoffen dass dem Label ‚Lichtenberger Kiezversammlung‘ zukünftig genug Vertrauen geschenkt wird. Positiv ist aufgefallen, dass wir bisher nicht von Rechten oder Verschwörungsideolog*innen gestört wurden. Lichtenberg ist ein Bezirk, den organisierte und unorganisierte Rechte noch immer als „ihren Kiez“ ansehen. Auf der Einladung wurde klargemacht, dass wir uns entschieden gegen eine rechte Vereinnahmung stellen, dennoch ist eine gute personelle Vorbereitung für solche Zwischenfälle unerlässlich. Als Selbstkritik halten wir fest, dass uns eine tiefgehende Analyse gefehlt hat, die die aktuelle Krise mit mit globalen Verstrickungen (Klima, Nationalismus, Kapitalismus etc.) in Verbindung bringt. Teilweise hätten wir uns eine mehr kämpferische Stimmung gewünscht – etwas was mit den richtigen Inputs das nächste Mal vielleicht erreicht werden kann.

Vorstellung

Pascow – „Sieben“

Foto: Kay Oezdemir



Das neue – wie der Plattenname schon verrät – siebte Album von Pascow mit P aus Gimbsweiler mit G ist da. Vier lange Jahre sind seit der Veröffentlichung des Vorgängeralbums „Jade“ vergangen und nun steht der Nachfolger in den Startlöchern.

Bereits kurz vor der offiziellen Veröffentlichung Ende Januar 2023 liegt das Album sicher verpackt im Briefkasten. Also gleich die Verpackung aufgerissen und das neue Album in den CD-Player gelegt. Und was einem da entgegenschlägt, ist all der Frust, die Wut und die Bitterkeit der vergangenen Jahre über eine Gesellschaft, die einen ordentlichen Rechtsruck gemacht hat und zusätzlich noch mit einer Pandemie umgehen musste. Keine Zeile beschreibt dieses Gefühl besser als

die Zeile „Alles, was du sagst, klingt jetzt gut/ Aber hilft mir nicht gegen die Wut“ aus dem Lied „Monde“, einem Song über Gentrifizierung.

Das Album liefert eine Reihe Hymnen, obwohl sich ihre Schönheit manchmal erst beim mehrmaligen Hören erschließt. Die Produktion ist druckvoll und klar. Unfassbare Gesangs- und Gitarrenmelodien werden umrandet von interessanten und eingängigen Riffs. Und auch inhaltlich wird sofort klar, dass absolut gar nichts in Ordnung ist. Aber irgendwie geht es weiter – man steht auf, der Dreck wird abgeklopft und los.

Fazit:

„Sieben“ ist ein kein Album für nebenbei. Es ist bitter, wütend und unbequem. Aber nie langweilig. Und am Ende schimmert immer etwas.



Rezept

Sommerlicher Linsensalat mit Cottage Cheese

Rezept für 4 Personen

200 g Beluga-Linsen
750 g Cocktailtomaten
200 g Cottage Cheese/Hüttenkäse
1 Lorbeerblatt
2 – 3 EL Olivenöl
2 – 3 EL Zitronensaft
2 EL Basilikum
Salz und Pfeffer

1. Die Linsen gemeinsam mit dem Lorbeerblatt in 450 ml Wasser kalt aufsetzen. Die Linsen mit dem Wasser zum Kochen bringen und anschließend 20 Min. leicht köcheln lassen. Dann die Linsen weitere 20 Min. quellen lassen. Die Linsen über ein Sieb abgießen, durchspülen und auskühlen lassen.

2. In einer Schüssel das Olivenöl, den Zitronensaft und die Gewürze gut vermischen.

3. Die Cocktailtomaten waschen, vierteln und mit der Mariande vermengen. Cottage Cheese/Hüttenkäse und ausgekühlte Linsen unterheben. Noch einmal mit den Gewürzen abschmecken.

Guten Appetit!





DIE MEISTEN JÜDINNEN*JUDEN LIESSEN SICH AN DER FRANKFURTER ALLEE NIEDER.

ED DÖBLIN ERÖFFNETE 1913 SEINE ARZTPRAXIS IN DER FRANKFURTER ALLEE 104 (HEUTE 104). DIE ARBEITER UND "KLEINEN LEUTE", DIE ER DORT BEHANDELTE, INSPIRIERTEN IHN ZU SEINEM GROSSEN COLLAGENROMAN "ALEXANDERPLATZ".



BEREITS 1933 EMIGRIERTE DÖBLIN IN DIE SCHWEIZ UND GELANGTE ÜBER PARIS, LISSABON, NEW YORK NACH HOLLYWOOD.

1939 MUSSTEN VIELE JÜDINNEN*JUDEN ZWANGSARBEIT LEISTEN.

